



152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Jürg Brunner: Standards bei freihändigen Arbeitsvergaben; Beantwortung

Am 24. Mai 2016 reichte Jürg Brunner die beiliegende Einfache Anfrage betreffend Standards bei freihändigen Arbeitsvergaben ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1 Ausgangslage

Das öffentliche Beschaffungsrecht ist vom zentralen Grundsatz geleitet, dass ein Auftrag an denjenigen Anbieter/diejenige Anbieterin gehen soll, der/die das wirtschaftlich günstigste Angebot eingereicht hat. Wirtschaftlich günstigstes Angebot heisst dabei nicht einfach billigstes Angebot. Welches Angebot das wirtschaftlich günstigste ist, entscheidet sich nach der Summe der – zum voraus – bekanntzugebenden Zuschlagskriterien. Kriterien für die Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots sind neben dem Preis insbesondere Qualität, Termin, Garantie- und Unterhaltsleistungen, Kundendienst, Betriebskosten, Innovationsgehalt, Ästhetik, Umweltverträglichkeit, Erfahrung, Sicherung des Ausbildungsstandes einer Berufsgattung und andere mehr.

Öffentliche Aufträge werden je nach dem Wert der Beschaffung im offenen oder selektiven Verfahren, bei welchen die Beschaffung öffentlich ausgeschrieben wird, oder im Einladungsverfahren oder im freihändigen Verfahren vergeben. Im offenen bzw. selektiven Verfahren ist eine Bevorzugung einheimischer Unternehmen nicht zulässig. Im Einladungsverfahren und im freihändigen Verfahren hingegen wird direkt zur Angebotseingabe eingeladen, wobei im Einladungsverfahren mindestens drei Anbietende zur Angebotsabgabe einzuladen sind. Beim Entscheid, welche Unternehmen zur Abgabe eines Angebots eingeladen werden sollen, besteht ein Ermessensspielraum.



Der Verfasser der Einfachen Anfrage stellt fest, dass in der Stadt St.Gallen von ortsansässigen Firmen regelmässig zu hören sei, sie würden bei freihändigen Arbeitsvergaben „vergessen“. Aus diesem Grund bittet er um die Beantwortung von mehreren Fragen bezüglich Standards bei freihändigen Arbeitsvergaben in der Stadt St.Gallen.

2 Fragebeantwortung

Frage 1: Nach welchen Kriterien werden Firmen zur Offerteingabe eingeladen?

Wie bereits erwähnt, besteht im Einladungsverfahren sowie im freihändigen Verfahren beim Entscheid, welche Unternehmen zur Abgabe eines Angebots eingeladen werden sollen, ein Ermessensspielraum. Aufgrund dessen ist es in der städtischen Bauwirtschaftskonferenz, die jährlich zwischen der Stadt und dem Gewerbeverband der Stadt St.Gallen stattfindet, denn auch wiederholt zur Diskussion darüber gekommen, wie weit in diesen Verfahren auswärtige Unternehmen eingeladen werden sollen. Im Sommer 2005 konnte nach eingehenden Besprechungen ein Einvernehmen erzielt werden, wonach eine Weisung unzulässig wäre, im Einladungsverfahren generell nur einheimische Anbietende einzuladen und auswärtige Anbietende systematisch zu übergehen. Andererseits gab die Stadt die Erklärung ab, dass aber auch nicht beabsichtigt sei, die Vergabestellen darauf hinzuweisen, im Einladungsverfahren stets auch auswärtige Anbietende einzuladen. Vorrangiges Ziel der städtischen Vergabepaxis müsse eine wirtschaftlich möglichst günstige Beschaffung sein. Sofern für einen bestimmten Auftrag konkurrenzfähige lokale Anbietende vorhanden seien, auf Grund einer genügend grossen Zahl von lokalen Anbietenden wirksamer Wettbewerb bestehe und auf dieser Grundlage eine wirtschaftlich günstige Beschaffung gewährleistet sei, werde für die städtischen Vergabestellen in der Regel keine Veranlassung bestehen, das Verfahren über die lokalen Anbietenden hinaus auszudehnen.

Die gefundene Lösung wurde von den Mitgliedern des Gewerbeverbands positiv aufgenommen. Die Stadt hat in der Folge die mit öffentlichen Beschaffungen besonders befassten Dienststellen angewiesen, im Einladungs- und freihändigen Verfahren nach folgenden Grundsätzen vorzugehen:

- a) im Einladungsverfahren ist es unzulässig, generell nur einheimische Anbietende einzuladen und auswärtige Anbietende systematisch zu übergehen;
- b) im Einladungsverfahren besteht andererseits auch keine Verpflichtung, auswärtige Anbietende in jedem Fall einzuladen;
- c) auswärtige Anbietende sollen von den Vergabestellen dann eingeladen werden, wenn dies eine wirtschaftlich günstigere Vergabe erwarten lässt; auswärtige Anbietende sind einzuladen, wenn andernfalls eine wirtschaftlich günstige Vergabe fraglich wäre.



Der Beizug auswärtiger Anbietender bei öffentlichen Beschaffungen erfolgt seither bei sämtlichen städtischen Vergabestellen nach diesen Grundsätzen.

Frage 2: Werden Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, bevorzugt?

Die Stadt St.Gallen lädt nach Möglichkeit Unternehmungen zur Offerteingabe ein, die Lehrlinge ausbilden. Dazu ist sie gemäss der kantonalen Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (sGS 841.11, abgekürzt VöB) auch verpflichtet. Art. 25 Abs. 2 VöB bestimmt, dass der Auftraggeber im Einladungsverfahren und freihändigen Verfahren nach Möglichkeit Anbieter auswählt, die Lehrstellen in einem für die Branche und die Betriebsgrösse angemessenen Umfang anbieten.

Frage 3: Wie stark wird der Preis bei der Vergabe gewichtet?

Einleitend muss dazu festgehalten werden, dass für das freihändige Verfahren keine Formvorschriften zu beachten sind. Der Auftraggeber muss, anders als beispielsweise im Einladungsverfahren, vorgängig keine Zuschlagskriterien bekanntgeben. Somit entfällt auch die Verpflichtung zur Bekanntgabe der Gewichtung der Zuschlagskriterien. Die Frage lässt sich somit nicht für jede Vergabe gleich beantworten.

In der Stadt St.Gallen besteht die Praxis, dass grundsätzlich auch im freihändigen Verfahren mehrere, sofern vorhanden einheimische Unternehmen zur Offertstellung eingeladen werden. Die Unternehmung mit dem besten Preis-/Leistungsverhältnis erhält in der Folge den Zuschlag. Da ohnehin nur Unternehmungen zur Offertstellung eingeladen werden, von welchen die Stadt überzeugt ist, dass sie die ausgeschriebenen Arbeiten korrekt und fachgemäss ausführen können, wird dem Angebotspreis regelmässig eine sehr hohe Bedeutung bei der Zuschlagserteilung beigemessen, was bei Freihandvergaben, da es sich dabei in der Regel um wenig komplexe Aufträge handelt, der Normalfall ist.

Frage 4: Gibt es ein internes Kontrollsystem, welches die Vergaben neutral prüft?

Mit Beschluss vom 13. Dezember 2005 hat der Stadtrat das „Kompetenzzentrum öffentliches Beschaffungswesen“ (KöB) eingesetzt. Das KöB setzt sich aus dem Leiter Rechtsdienst der Direktion Technische Betriebe und dem Leiter Rechtsdienst der Direktion Bau und Planung zusammen. Diese beiden Direktionen tätigen den überwiegenden Teil an Vergaben in der Stadtverwaltung. Als zusätzlicher Ansprechpartner wurde auch der Rechtskonsulent der Stadt in das Kompetenzzentrum delegiert. Das so zusammengesetzte Kompetenzzentrum ist für die Beratung und Begleitung sowie insbesondere auch für die Kontrolle von öffentlichen Beschaffungsabläufen und der entsprechenden Anträge an den Stadtrat zuständig. Der Entscheid über die Auswahl der Anbieter steht aber vollumfänglich im Er-



messen der jeweiligen Vergabestellen, da nur diese aufgrund der vorhandenen Markt- und Fachkenntnisse eine fundierte Beurteilung der Beschaffungssituation vornehmen können.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 24. Mai 2016

